

FPO DIE SOZIALE
HEIMATPARTEI

MANFRED HAIMBUCHNER

Er nennt die Dinge beim Namen.

Weil die Wahrheit zumutbar ist.

Die Menschen. Das Land. Meine Berufung.

Themenschwerpunkt:
**Unsere Regeln
gelten für alle**

Seite 2/3

Asyl:
**Nein zu Zelten
und Containern**

Seite 7

Kommentar:
**Schengenland ist
abgebrannt**

Seite 14

Unsere Regeln gelten für alle

FPÖ-Landesparteiobmann LR Dr. Manfred Haimbuchner zeigt mit der aktuellen Plakatkampagne auf, dass er die Dinge beim Namen nennt. „Die FPÖ wird weiterhin die Wahrheit aufzeigen. Die Wahrheit ist zumutbar“, so Haimbuchner.



Wer in Österreich leben und arbeiten will, dem muss klar sein, dass unsere Regeln für alle gelten. „Wer sich nicht anpasst oder nur unser Sozialsystem ausnutzen will, muss wieder gehen“, fordert Haimbuchner in der Zuwanderungspolitik ein Umdenken. Ohne Deutschkenntnisse soll es keine Zuwanderung geben. Wer integrationsunwillig ist, dem sollen die Sozialleistungen gestrichen werden. Ganz klar ist für den FPÖ-Landeschef auch, dass es gegenüber dem radikalen Islamismus null Toleranz geben muss.

Ein Problem sei zudem die Zuwanderung in unser Sozialsystem. Von über 12.000 Bezieher der Mindestsicherung sind mehr als 4.000 Ausländer. „Wir wollen ein Ende des Gießkannenprinzips. Wir brauchen treffsichere Sozialleistungen. Sozial- und Familienleistungen sollen vorrangig für österreichische Staatsbürger da sein“, erneuert Haimbuchner die Forderung, dass EU-Bürger die Sozialleistungen ihrer Heimatländer erhalten sollen.

Arbeitsmarkt schützen, Standort sichern

Österreich und auch Oberösterreich sind derzeit mit einer Rekordarbeitslosigkeit konfrontiert. 40 Prozent der Beschäftigungslosen haben Migrationshintergrund,

zeigt der FP-Chef auf. „Wir müssen unseren Arbeitsmarkt schützen, daher sollen Ausländer, die lange ohne Beschäftigung sind, ausgewiesen werden.“ Tatsache sei zudem, dass die Wirtschaft nur funktioniere, wenn Arbeitnehmer und Arbeitgeber Hand in Hand arbeiten. „Daher: Schluss mit dem übertriebenen Klimaschutz, auch um den VOEST-Standort zu sichern.“

Heimat schützen und bewahren

„Als Heimatpartei setzen wir uns für den Erhalt der Regionen und die Verteidigung unserer Identität ein“, betont der FP-Landesparteiobmann, „dass unsere Traditionen und unser Brauchtum geschützt werden müssen.“ Zur Heimat gehört das Kreuz im Klassenzimmer, aber auch das Martinsfest, der Nikolaus und Weihnachten sowie das heimische Liedgut in unseren Schulen.

Sicherheit statt Grenzen auf

Haimbuchner geht auch auf die spürbar steigende Kriminalität ein. „Jeder zweite Häftling ist ein Ausländer“, spricht sich die FPÖ für Opfer- statt Täterschutz aus. Zudem sei es nötig, illegale Zuwanderer und Straftäter rasch abzuschieben. Die Präsenz der Polizei auf der Straße müsse verstärkt werden. „Die Beamten brauchen für ihre Tätigkeit eine bessere Ausrüstung und es dürfen keinesfalls weitere Dienststellen geschlossen werden“, so Haimbuchner.



„Die Wahrheit ist zumutbar“



 *Herr Haimbuchner, Sie sind derzeit mit Plakaten im ganzen Land präsent und sagen, Sie nennen die Dinge beim Namen – warum?*

Haimbuchner: Die Wahrheit ist für die Bürger zumutbar. Denn die Menschen sind es, die im täglichen Leben mit den unterschiedlichsten Problemen konfrontiert sind. Nehmen wir die Familien – die Grundlage unserer Gesellschaft und unseres Wohlstandes – her: Die Zahlen sinken. Um dieser Entwicklung gegenzusteuern, müssen endlich Maßnahmen gesetzt werden, um unsere Familien zu stärken. Längst überfällig ist daher ein gerechter Ausgleich im Steuer- und Sozialsystem zwischen Familien und Kinderlosen. Dazu ist es auch nötig, die Steuern für Familien zu senken und die Förderungen auszubauen. Es fehlt auch nach wie vor eine echte Wahlfreiheit zwischen familiärer und öffentlicher Kinderbetreuung.

 *Die Regierung hat sich ja im März im letzten Moment in Sachen Steuerreform geeinigt. Ist das genug?*

Haimbuchner: Nein, denn den Menschen bleibt immer weniger Geld in der Brieftasche, sie brauchen aber ein Einkommen zum Auskommen. Die Steuer frisst jede Lohnerhöhung auf. Es wäre nötig, die Lohnnebenkosten zu senken. Neue Belastungen lehnt die FPÖ klar ab. Das Ziel muss sein, dass alle Einkommen

spürbar entlastet werden und die Sparer geschützt sind. Und wir sagen klar Nein zu einer Enteignung der Sparer durch Finanzierung der Euro-Südländer.

 *Soll es mehr Mitsprache für die Bürger geben?*

Haimbuchner: Es fehlt der SPÖ und der ÖVP ganz klar der Mut zu echten Reformen. Was spricht dagegen, den Menschen mehr Mitbestimmung und mehr Kontrolle zu geben? Das würde nämlich auch dazu führen, dass das Steuergeld sparsamer verwendet wird. Der Hausverstand ist beim Bürger. Daher soll der Bürger auch das letzte Wort haben.

 *Ist aus Ihrer Sicht die Gesundheitsvorsorge gesichert?*

Haimbuchner: Um unser Gesundheitssystem langfristig zu sichern, ist der Missbrauch entschieden zu bekämpfen. Was spricht gegen ein Foto auf der E-Card? Wir brauchen zudem eine gerechte Entlohnung der Gesundheitsberufe. Pflegeberufe müssen besser entlohnt werden. Notwendig ist aus FP-Sicht eine Offensive für die niedergelassenen Ärzte. Hier braucht es auch eine

bessere Zusammenarbeit mit den Spitälern. Warum werden die Spitalsträger nicht zusammengelegt, warum gibt es keine einheitlichen Krankenkassen – weil der Mut zu Reformen fehlt.

 *Wie beurteilen Sie die Entwicklung im Bildungsbereich?*

Haimbuchner: Unser Bildungssystem wurde durch die Kuschelpädagogik der vergangenen Jahre ausgehöhlt. Wir brauchen das Leistungsprinzip in der Bildung zurück. Individuelle Begabungen müssen gefördert werden. Die FPÖ lehnt die Gesamtschule ab, bei der Ganztagschule muss es Wahlfreiheit geben. Notorischen Schulschwänzern muss die Familienbeihilfe gestrichen werden. Und angesichts der vielen Schüler mit fehlenden und mangelnden Sprachkenntnissen muss am ganzen Schulgelände Deutsch als Pflichtsprache gelten. Generell muss es heißen: Erst Deutsch, dann Schule.



Landesparteiobmann LR
Dr. Manfred Haimbuchner

Nach ersten Gemeindefusionen nächste Ebene angehen

Seit 1. Mai gibt es in Oberösterreich nicht wie bislang 444, sondern nur mehr 442 Gemeinden. Anlass für FP-Landesparteiohmann LR Dr. Manfred Haimbuchner, um die rasche Aufnahme von Gesprächen für eine Zusammenlegung von Bezirksverwaltungsbehörden einzumanhnen. „In einer Zeit der knappen Kassen wäre es mehr als angebracht, das hier vorhandene Einsparungspotenzial endlich zu nutzen. Oberösterreich braucht keine 15 Bezirkshauptmannschaften und drei Magistrate der Städte Linz, Wels und Steyr.“



FPÖ-Landesparteiohmann Manfred Haimbuchner tritt für eine rasche Aufnahme von Gesprächen für Zusammenlegungen von Bezirkshauptmannschaften ein

trat Wels, von Linz-Land, Urfahr-Umgebung mit Linz und von Steyr-Land mit dem Magistrat Steyr sowie der zwei Behörden von Grieskirchen und Eferding ein Einsparungspotential von neun Millionen Euro erzielt werden“, verweist Haimbuchner darauf, dass in der Steiermark durch die Zusammenlegung von zwei BHs rund zwei Millionen jährlich eingespart werden können. Dazu komme, dass weniger Bezirksverwaltungsbehörden auch weniger Gebäude und somit weniger Betriebskosten bedeuten. Nicht mehr notwendige Gebäude können veräußert werden.

Der Fortschritt unserer technologisierten Welt sollte es möglich machen, dass wir die Verwaltungsebene straffen. „Die vorhandene Struktur aus den Zeiten der Monarchie braucht endlich eine Reform“, betont Haimbuchner, dass Zusammenlegungen nicht ein Sparen bei den Menschen, sondern in der Verwaltung sind. Laut Rechnungshofbericht des letzten Jahres verursachen Bezirksbehörden mit bis zu 40.000 Einwohnern einen um zwei Drittel höheren Personalaufwand als jene Bezirksbehörden mit über 80.000 Einwohnern. Der FP-Landeschef verweist darauf, dass sich bereits jetzt die Bürger zahlreiche Amtswege durch E-Government ersparen können. „Somit wäre es möglich, Bezirkshauptmannschaften zusammenzulegen und in Zeiten des Sparens die Verwaltung schlanker zu machen.“ „Aufgabe und Pflicht der Politik ist es, sorgsam mit dem Geld der Steuerzahler umzugehen. Werden Ämter und die Verwaltungsstrukturbehörden endlich an die Gegebenheiten der heutigen Zeit angepasst, so kann allein mit der Zusammenlegung der Bezirkshauptmannschaften von Wels-Land mit dem Magis-

Neue Büros für Gmunden & Wels



Landesparteiohmann Manfred Haimbuchner mit der Gmundner Stadträtin Beate Enzmann, BGF Karin Karlhuber & Bezirksparteiohmann Adalbert Cramer

Zwei neue Büros gibt es bei der FPÖ. In Gmunden konnte FPÖ-Landesparteiohmann Manfred Haimbuchner bei blauem Himmel und Sonnenschein die neuen Räumlichkeiten in der Bahnhofstraße 27 eröffnen. Und die Bezirksgeschäftsstelle Wels und Wels-Land bekam auch kürzlich ein neues Zuhause in der Pfarrgasse 7. Beide Büros sind eine ideale Anlaufstelle für ehrenamtliche Funktionäre und ein modernes Bürgerservice.



Die beiden Welsler FP-Politiker Rabl und Kroiß mit Landesparteiohmann Haimbuchner, Landesgeschäftsführer Hubert Schreiner, Landesparteisekretär Erwin Schreiner, LAbg. a.D. Lambert Haimbuchner, Sandra Wohlschlager mit BGF Helmut Wimmer und seinem Vorgänger Ewald Pauliuk



Masern: Erkrankungen seit 2013 verdreißigfacht

Weiterhin für ein verpflichtendes Impfgespräch für Eltern tritt die FPÖ ein. Hintergrund dafür ist der Anstieg an Masernerkrankungen in den letzten Wochen und Monaten. Bereits in den ersten drei Monaten 2015 gab es vier Mal so viele Fälle wie im Vorjahr.

Verglichen mit 2013 haben sich die Masernerkrankungen sogar verdreißigfacht. „Gleichzeitig ist ein Rückgang der Durchimpfungsrate auf 83,8 Prozent zu verzeichnen“, so FP-Gesundheitssprecherin LAbg. Prim. Dr. Brigitte Povysil. „Dabei wäre eine 95-prozentige Durchimpfungsrate notwendig, um die Masern auszurotten und der Bevölkerung den notwendigen Schutz zu gewähren.“

Andere Länder wurden bereits tätig und haben Maßnahmen gegen die allgemeine Impfmüdigkeit ergriffen. „Während Frankreich eine Impfpflicht eingeführt hat, soll es in Deutschland mit 2016 ein

verpflichtendes Impfgespräch geben. Australien geht noch weiter und verweigert Impfgegnern Sozialleistungen“, weiß Povysil. WHO-Experten sprechen davon, dass in anfälligen Ländern – darunter auch Österreich – die Chance groß ist, dass die Krankheit explodiert. „Wir dürfen nicht länger die Augen verschließen“, warnt Povysil. „Angesichts der stetig steigenden Zahlen und der Rückkehr bereits ausgerotteter Krankheiten müssen wir rasch tätig werden und Maßnahmen für die Gesundheit der Bevölkerung in unserem Land ergreifen“, fordert Povysil und erwartet sich eine umgehende Erledigung der FPÖ-Initiative.

Zehn Jahre HC Strache

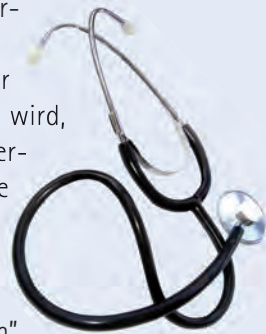
Die FPÖ Oberösterreich gratuliert HC Strache zu seinem 10-jährigen Jubiläum als Bundesparteiobermann der FPÖ. „Dein unermüdlicher Einsatz für unser Heimatland ist einzigartig“, so Manfred Haimbuchner.



Ärzte müssen im Land bleiben!

In Oberösterreich herrscht bereits ein Ärztemangel. Bekannt ist jedoch auch, dass fast jeder zweite Medizinstudent aus Österreich weg will. Die FPÖ wollte daher ein „Förderstipendium für Medizinstudenten“ als Gegenmaßnahme. Gesundheitssprecherin LAbg. Prim. Dr. Brigitte Povysil spart nicht mit Kritik an der SPÖ, den Grünen und der ÖVP, die den Gesundheitsreferenten stellt.

Es gäbe viele Gründe, warum Jungmediziner abwandern. Es gelte, so Povysil, langfristig eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung der Bevölkerung in Oberösterreich zu sichern. „Eine Möglichkeit wäre die Einführung eines Förderstipendiums. Während den Studenten einerseits in der Studienzeit finanziell unter die Arme gegriffen wird, sollen diese andererseits als junge Ärzte den Patienten in Oberösterreich nach Ende des Studiums zur Verfügung stehen“, so die konkrete Idee der FPÖ.



„Wir dürfen nicht länger zuschauen, wie uns die Ärzte davonlaufen. Damit die Mediziner in Oberösterreich bleiben, müssen die Arbeitsbedingungen attraktiviert werden“, so Povysil.

Impressum: MIH FPÖ Oberösterreich, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz; Redaktion: B. Thurner, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz, 0732/736426-31. Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz: FZOÖ – Freie Zeitung Oberösterreich MIH zu 100 %: FPÖ Oberösterreich, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz, Tel.: 0732/736426-0. Vertreten durch Landesparteiobmann: M. Haimbuchner, G. Deimek, A. Gradauer, H. Hackl, R. Haider, A. Kitzmüller, E. Podgorschek, A. Cramer, W. Klinger, H. Mahr, A. Nerat, D. Schiebl, U. Wall, F. Obermayr, W. Ratt, H. Schreiner, D. Wimmer, A. Affenzeller, R. Cicona, P. Bahn, H. Brückl, H. Zöttl, G. Kroiß. Grundlegende Richtung: Programm der FPÖ und Beschlüsse der Organe der FPÖ

Täglich eine Million Euro für Wohnbau

Im Jahr 2014 wurden in Oberösterreich 5.142 Wohneinheiten gefördert. FPÖ-Wohnbaulandesrat Manfred Haimbuchner ist mit dieser Entwicklung zufrieden. „Ein besonderes Anliegen ist mir auch der frei finanzierte Bereich. Dieser kann helfen, die Mietkosten zu drücken“, so Haimbuchner.

Insgesamt wandte das Wohnbauressort im vergangenen Jahr 362 Millionen Euro an Darlehen auf. Gemeinnützige Bauvereinigungen errichteten mit 2.056 Wohneinheiten die meisten geförderten Projekte. Von gewerblichen Bauträgern wurden 729 Wohn-

einheiten gebaut und neun wurden von Gemeinden und sozialen Vereinigungen errichtet. „Ich gehe davon aus, dass in Oberösterreich bis zum Jahr 2020 jährlich in etwa 7.500 Wohnungen neu gebaut werden müssen, um den Bedarf abdecken zu können“, nennt der FP-Wohnbaulandesrat weitere Zahlen. So wurden rund 2.600 Wohnungen zuletzt frei finanziert errichtet. „Wir befinden uns mit über 5.100 geförderten Wohneinheiten auf einem guten Weg, dass wir den Neubedarf decken können. Zudem wurden 2014 1.901 Eigenheime, 2.044 Mietwohnungen (davon 436 Mietkaufwohnungen) und 447

Heimplätze gefördert. Rund 42 Prozent aller geförderten Projekte sind Eigentums- und Mietkaufwohnungen. „Mir ist die Schaffung von Eigentum ein Anliegen. Denn Eigentumswohnungen kommt eine besondere Bedeutung bei der Altersvorsorge zu.“ Für Wohnbeihilfen wurden rund 67,4 Millionen Euro aufgewendet.

„Es ist mir ein Anliegen, genügend Wohnraum zu schaffen und Arbeitsplätze zu sichern“, warnt Haimbuchner trotz positiver Bilanz davor, „dass hohe Grundstückspreise, Gebühren und Steuern den Bau von neuen Wohnungen belasten. Und ‚absurde‘ Klimaschutzauflagen sind auch ein enormer Kostenfaktor. Dem muss ein Ende gesetzt werden, damit Wohnen weiterhin leistbar ist.“



Heimatland TOUR wird fortgesetzt

An belebten Plätzen und Wochenmärkten wieder im Gespräch ist Manfred Haimbuchner. Bürger können sich von einem Expertenteam Ratschläge zu den Themen Hausbau, Sanierung oder auch punkto Wohnbeihilfe und Förderung holen. FPÖ-Landesrat Manfred Haimbuchner: „Ich mag den Kontakt mit den Menschen. Denn für mich bedeutet Politik auch zuhören zu können“, freut sich Haimbuchner über Kritik und Anregungen.



- | | |
|-----------------------------|-----------------------|
| Freitag, 12.06.2015 | von 09.30 – 10.30 Uhr |
| Linz – Südbahnhofmarkt | |
| Freitag, 12.06.2015 | von 16.00 – 17.00 Uhr |
| Freistadt – Genussmarkt | |
| Mittwoch, 17.06.2015 | von 09.00 – 10.00 Uhr |
| Vöcklabruck – Wochenmarkt | |
| Freitag, 03.07.2015 | von 13.30 – 14.30 Uhr |
| Traun – Bauernmarkt | |
| Samstag, 04.07.2015 | von 09.30 – 10.30 Uhr |
| Marchtrenk – Wochenmarkt | |
| Dienstag, 07.07.2015 | von 09.30 – 10.30 Uhr |
| Ried – Wochenmarkt | |
| Samstag, 11.07.2015 | von 09.00 – 10.00 Uhr |
| Rohrbach – Wochenmarkt | |



Asyl-Chaos:

Nein zu Zelt- und Containerstädten

Immer deutlicher zeigen sich die Auswirkungen der verfehlten Asylpolitik von SPÖ und ÖVP: Nachdem die Zahl der Asylanträge unaufhaltsam steigt – allein Mitte Mai waren es 1.000 in nur drei Tagen – waren erstmalig Zeltstädte zur Unterbringung von Asylwerbern notwendig.

In Oberösterreich wurden in Thalham und in Linz zwei Zeltlager errichtet, mit unhaltbaren Zuständen. Vor allem für die Bevölkerung von Thalham waren die 100 zusätzlichen Asylwerber eine große Belastung. Denn bereits vorher waren in der Erstaufnahmestelle 200 Asylsuchende untergebracht, obwohl es laut Vereinbarung eigentlich nur 120 Personen sein sollten. FPÖ-NAbg. Heinz Hackl übt scharfe Kritik: „Der im April 2010 von der damals zuständigen Innenministerin Maria Fekter und Landeshauptmann Josef Pühringer medienwirksam unterzeichnete Vertrag war eine reine Beruhigungsspielle für die Bevölkerung. Denn die Erfahrungen und die Zahlen der letzten Jahre zeigen, dass die tägliche Realität, was die Belegungszahlen angeht, komplett anders aussieht.“

■ Unterbringung auch in Kasernen und Wohncontainern

Völlige Überforderung kennzeichnet offensichtlich das Handeln der verantwortlichen SPÖ- und ÖVP-Politiker. Nach den

Zelten von VP-Innenministerin Mikl-Leitner, kam von SP-Verteidigungsminister Klug das Angebot, weitere Kasernen für Asylanten zu öffnen. Sofort waren laut Ministerium 150 Plätze verfügbar, 650 weitere könnten in den kommenden Monaten entstehen. Auf Kasernengründen sei möglich, Wohncontainer für Asylwerber zu errichten.

Auch Oberösterreich ist erneut betroffen. Waren bereits 100 Asylwerber in der Tilly-Kaserne in Freistadt, so soll der Vertrag verlängert werden und 50 zusätzliche Plätze geschaffen werden. Und am Gelände der Kaserne in Hörsching könnten Container für 350 bis 400 Personen aufgestellt werden.

■ FPÖ fordert Grenzkontrollen

Von FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner kommt sowohl zu den Zeltstädten als auch zur Unterbringung von Asylanten in heimischen Kasernen ein klares Nein. „Österreich ist längst am Limit der Aufnahmefähigkeit angelangt.



Statt nunmehr Scheinhandlungen zu setzen, bedarf es den Mut, endlich eine Diskussion über die Kontrolle der Grenzen zu führen“, stellt Haimbuchner klar. „Das Asylwesen ist ein offenes Scheuentor für die illegale Einwanderung nach Europa und vor allem nach Nord- und Mitteleuropa geworden. Die einzige Möglichkeit, dem Chaos Herr zu werden, besteht darin, die Grenzkontrollen wieder einzuführen, bis die EU-Außengrenzen nach dem australischen Modell wirksam geschützt sind“, fordert der freiheitliche Landeschef. Gleichzeitig regt die FPÖ an, Erstaufnahmezentren in Nordafrika zu errichten, um dort allfällige Asylanträge bereits vorab zu prüfen.

Ausländerkriminalität steigt

Die im April veröffentlichte Kriminalitätsstatistik für das Jahr 2014 gibt nur wenig Grund, die Sicherheitslage in Oberösterreich zu loben. „Trotz des unermüdlichen Einsatzes unserer Exekutive bleibt die Kriminalität weiterhin auf hohem Niveau und auch die Aufklärungsquote konnte nur wenig gesteigert werden“, stellt FPÖ-Landesparteichef Manfred Haimbuchner fest.



und zunehmender Ost-Kriminalität in ganz Österreich“, so Haimbuchner.

Der Ausländeranteil bei den Straftätern lag weiterhin unvermindert hoch bei 32,8 Prozent und stieg damit im Vergleich zum Jahr 2013 sogar leicht an. Unter dieser Tätergruppe waren es vor allem Rumänen, Polen, Tschechen, Slowaken und Bulgaren, die im Vorjahr Straftaten in Österreich verübten. Dazu Haimbuchner: „Die Zahlen zeigen, dass die freiheitliche Forderung nach Wiedereinführung von Grenzkontrollen durchaus gerechtfertigt ist.“ Auch der Aufenthaltsstatus der straffällig gewordenen Ausländer gibt Anlass zu Kritik. So waren 10,2 Prozent der ausländischen Straftäter Asylwerber und sogar 28,5 Prozent Fremde ohne Beschäftigung. „Wer das Recht auf Asyl und unsere Gastfreundschaft ausnutzt, um Straftaten zu begehen, der muss unsere Alpenrepublik ohne Wenn und Aber verlassen“, stellt Haimbuchner klar.

Im Jahr 2014 wurden in Oberösterreich insgesamt 63.836 Straftaten angezeigt, von denen die Polizei 51,2 Prozent aufklären konnte. Damit liegt Oberösterreich bei

der Aufklärungsquote knapp hinter Vorarlberg auf Platz zwei. „Das ist sicher ein großer Verdienst unserer Polizei, besonders in Zeiten von Postenschließungen

Zu wenig Polizisten vor Ort

In vielen oberösterreichischen Polizeidienststellen ist der Personal-Sollstand nicht erfüllt. 84 Polizisten sind aus dienstlichen Gründen anderen Dienststellen zugeteilt und fehlen dadurch auf den Straßen und in den Wachzimmern.

So sind etwa in der Polizeiinspektion Traun drei und in Linz-Hörsching vier Planstellen nicht besetzt. Dazu kommen noch die Polizisten, die zwar in oberösterreichischen Dienststellen gemeldet sind, aber in Wirklichkeit ganz woanders ihren Dienst versehen. So arbeiten etwa 14 Polizisten im Innenministerium und 51 bei Spezialeinheiten wie der Cobra. Außerdem gibt es noch Planstellen, die aus rechtlichen Gründen nicht besetzt werden. So sind 65 Polizisten karenziert und 58,3 Planstellenäquivalente gehen durch die

Herabsetzung der normalen Wochen-dienstzeit verloren.

„Wir haben große Probleme im Bereich der Einbruchskriminalität und viele Bürger fühlen sich in den eigenen vier Wänden unsicher. Wir fordern daher, dass Oberösterreichs Polizisten auch tatsächlich vor Ort eingesetzt werden“, so FPÖ-Klubobmann Günther Steinkellner.



KO Mag. Günther Steinkellner



Bereits zum zehnten Mal konnte der Präsident DI Dr. Adalbert Cramer im Beisein von LR Dr. Manfred Haimbuchner spannende Teilnehmer am Podium präsentieren. (v.l.n.r.: Bachmayer, Höbelt, Fleischhauer, Haimbuchner, Cramer)

Liberaler Klub:

Unter Linken. Von Opferkult „Political Correctness“ und Staatsgläubigkeit

Der Marsch der linken „68er“ durch die Institutionen ist gelungen. Die Linke dominiert die Medienlandschaft, den Lehrkörper an den Schulen, die Universitäten und einen großen Teil der Beamtenschaft. Zudem ist eine zunehmende „Sozialdemokratisierung“ beinahe aller politischer Parteien zu beobachten, trotz einer strukturellen konservativen Mehrheit in der Gesamtbevölkerung.

Die Linke hat sich nichts weniger als die Rettung der Welt und die Verbesserung des Menschen auf die Fahnen geschrieben, aber dabei entpuppt sie sich als die Kraft, die stets das Gute will und dabei das Böse schafft. Diese Leitlinien seines Bestsellers „Unter Linken. Von einem, der aus Versehen konservativ wurde“ legte Jan Fleischhauer auf pointierte Art und Weise beim mittlerweile zehnten Liberalen Klub vor 300 begeisterten Zuhörern in den Linzer Redoutensälen dar.

Univ. Prof. Dr. Lothar Höbelt war als überaus kurzweiliger Mitdiskutant am Podium. Der Historiker an der Universität Wien ist ein intimer Kenner des „Dritten

Lagers“ in Österreich. Auch ist er mit den zeitgeistigen Umdrehen der politischen Gegenseite bestens vertraut. In seinen Augen ist die neue Linke heute weniger an der Frage orientiert, ob die Staatsquote erhöht wird, sondern mehr ein Projekt zur Erschaffung eines neuen Menschen. „Es stellt sich zudem die Frage, wie eine Minderheit es schaffen kann, einer Mehrheit die Lebensführung vorzuschreiben.“

Wolfgang Bachmayer, der zweite Mitdiskutant, ist Leiter des unabhängigen Meinungsforschungsinstituts OGM. Bachmayer gilt als einer der profiliertesten Politikexperten und wird als solcher von zahlreichen Medien für Analysen



Fleischhauer: „Als Nichtlinker muss man sich in heiterem Pessimismus üben.“

konsultiert. Er stößt ins selbe Horn wie Fleischhauer und Höbelt. Die Linke ist eine Minderheit, stellt aber die Mehrheit im öffentlichen „Mainstream“. Das Fazit des Abends lieferte Fleischhauer mit dem Bonmot, man müsse sich als Nichtlinker in heiterem Pessimismus üben.



Dr. Nobert Mayer mit Präsident DI Dr. Adalbert Cramer und LR a. D. Dr. Hans Achatz



Noch mehr ausländische Raser

Eine aktuelle Anfragebeantwortung der Freiheitlichen zeigt, dass ausländische Raser in Oberösterreich weiterhin freie Fahrt haben. Die neuesten Zahlen: 2014 gab es in Oberösterreich 355.048 Geschwindigkeitsübertretungen durch Fahrer mit ausländischem Kennzeichen.

Das entspricht 21.947.147 Euro an Strafgeldern, von denen der Großteil nicht eingehoben werden konnte. Im Jahresvergleich bedeutet das ein Plus von 13.589 Raser-Fahrten und eine Steigerung von 1.327.757 Euro.

„SPÖ-Verkehrslandesrat Reinhold Entholzer betonte noch letztes Jahr, dass es bereits ein System gibt, das bei ‚gefährdenden Verkehrsdelikten‘ einen

Datenaustausch mit anderen Staaten ermöglicht. Unsere jetzige Anfrage deckt allerdings auf, dass dieses System anscheinend völlig wirkungslos ist“, kritisiert FPÖ-Klubobmann Mag. Günther Steinkellner.

Offensichtlich seien nach wie vor keine Abfragen von Halterdaten möglich. So gab es nur wenige Einzelabfragen mit einem geringen finanziellen Ertrag aus den Geldstrafen.

Jetzt sind neue gesetzliche Vorgaben der Europäischen Union in Umsetzung, die mit 6. Mai abgeschlossen sein mussten. Ob sich nun auch tatsächlich etwas ändert, bleibt dahingestellt. Der freiheitliche Klubchef zweifelt jedenfalls daran: „Wir fordern weiterhin strengere Regeln für ausländische Raser. Verkehrsstrafen müssen bei ihnen sofort vollzogen und Geldstrafen eingehoben werden“, sagt Steinkellner. Bei einer Weigerung gehöre das Fahrzeug eingezogen, so wie das in anderen europäischen Staaten gängige Praxis sei.



SPÖ und ÖVP lassen Bädern das Wasser aus

Oberösterreich sei überdurchschnittlich gut mit Bädern, vor allem Freibädern, versorgt, sagen die zuständigen Politiker von SPÖ und ÖVP. Deshalb soll jedes dritte Freibad und jedes vierte Hallenbad in naher Zukunft geschlossen werden.

Argumentiert wird das Vorhaben damit, dass die Bäder keinen Gewinn einfahren. Jedem Hallenbad fehlen im Schnitt 230.000 Euro und jedem Freibad etwa 45.000 Euro im Jahr. Auf einem großen Teil dieser Kosten, die eigentlich die Gemeinden tragen sollten, bleibt das Land sitzen. „Wir stoßen hier einfach an die Grenzen des finanziell Möglichen“, so VP-Wirtschaftslandesrat Michael Strugl gegenüber den „Oberösterreichischen Nachrichten“.

FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner lässt die fehlende Wirtschaftlichkeit nicht als Argument für die geplanten

Bäderschließungen gelten. Für ihn gehören zu einer guten Infrastruktur auch „Bäder für die Bevölkerung“. Nicht jede Familie könne sich einen Tag im Aquapulco für 100 Euro leisten, so Haimbuchner. Er spricht von „Sparen am falschen Platz“. Der Verein „Migrare – Zentrum für MigrantInnen OÖ“ habe allein im Jahr 2013 Förderungen in Höhe von fast 537.000 Euro erhalten. Und jede Eintrittskarte zum Musiktheater müsse mit über 130 Euro an Steuergeldern subventioniert werden. „Hier gibt es konkretes Sparpotenzial zu Gunsten der Bevölkerung“, stellt Haimbuchner fest.

Erleichterung für Scheidungskinder

Bislang können Kinder die Schülerfreifahrt nur von und zu einer Wohnadresse in Anspruch nehmen.

„Die Lebensrealität vieler Scheidungskinder ist jedoch, dass sie häufig zwischen den Wohnadressen von Mutter und Vater wechseln müssen“, ist



LAbg. David Schiebl darüber erfreut, dass der FP-Antrag umgesetzt wird und hinkünftig die Adressen beider Elternteile als Wohnadressen angegeben werden können.

Armut steigt

Immer mehr Menschen in Oberösterreich wissen nicht mehr, wie sie den Alltag finanziell bewältigen sollen und können kaum noch die Lebenshaltungskosten tragen.

Dies macht auch der Anstieg der Hilfesuchenden bei den Sozialberatungsstellen deutlich: Insgesamt suchten 32.563 Menschen im Vorjahr Beratung zu Fragen des Pflegegeldes oder zur Altenbetreuung. Das bedeutet einen Anstieg um 4,42 Prozent im Jahresvergleich, ein Plus von 30,3 Prozent seit 2007. Bei sechs von zehn Klienten handelt es sich um Pensionisten.

Schnelle und effektive Hilfe bei der Bedrohung durch Armut – vor allem bei älteren Menschen – ist notwendig.

Dazu wäre aber eine sinnvollere Verwendung der Steuergelder in Österreich notwendig. „Wir brauchen treffsichere Sozialleistungen, das derzeitige Gießkannenprinzip bringt die Menschen an den sozialen Abgrund“, fordert FPÖ-Landesparteibmann Manfred Haimbuchner.

Sozial- und Familienleistungen solle es vorrangig für österreichische Staatsbürger geben. „Immerhin ist klar belegt, dass die Zuwanderung in unser Sozialsystem zunimmt“, nennt der freiheitli-



che
Landeschef
konkrete Zahlen:
Von über 12.000 Mindestsicherungsbeziehern sind mehr als 4.000 Ausländer.

Viel Steuergeld für „eigenartiges“ Projekt

In Österreich zeigt sich der Staat grundsätzlich großzügig, wenn es darum geht, Vereine und Projekte zu fördern. Dabei geht es bisweilen auch skurril zu und kostet den Steuerzahlern sehr viel Geld. Besonders Projekte von Vereinen, die sich mit Migration, Ausländerrechten und Toleranz beschäftigen, werden bevorzugt von den Regierungsparteien in Bund und Ländern gefördert.



Dem Erfindungsreichtum der Vereinsverantwortlichen ist normalerweise keine Grenze gesetzt. Nur selten sorgt ein Förderansuchen wirklich für Kopfschütteln. Der Verein „MAIZ, Autonomes Zentrum von und für Migrantinnen“ in Linz schaffte es nun allerdings, mit seinem neuesten Projekt für Unverständnis zu sorgen: Es handelt sich um ein „Präventionsprojekt von und für Migrantinnen zur Auseinandersetzung mit hegemonialen Esssitten vor dem Hintergrund aller relevanten politisch-ökonomischen,

gesundheitlichen, rassistischen und sexistischen, sozialen und alltagskulturellen Faktoren“.

Für ein solches Projekt verlangt MAIZ über zwei Jahre knapp 195.000 Euro. Der Fonds Gesundes Österreich hat bereits 115.000 Euro zugesagt. Soziallandesrätin Gertraud Jahn (SPÖ) lässt 20.000 Euro springen – auch bereits zugesagt. Ausständig sind die Förderzusagen für Essstörungen bei Migrantinnen noch von Umweltlandesrat



Rudi Anschöber (Die Grünen) und Bildungslandesrätin Doris Hummer (ÖVP). In den beiden Ressorts hat der Verein ebenfalls jeweils rund 20.000 Euro beantragt. Auch sonst weiß sich der Migrantenverein sehr gut im Förderdickicht von Bund und Land zu bewegen. Bei 42 hauptamtlichen Mitarbeitern bei MAIZ wird der Verein aus sieben verschiedenen Ländermitteln in Höhe von insgesamt 500.000 Euro gefördert. Dazu kommen noch Bundesförderungen.

FPÖ will Förderdschungel durchforsten

„Es ist höchste Zeit, den Förderdschungel in Österreich zu durchforsten und gewissen Vereinen die Mittel zu kürzen oder sogar zu streichen. Offenbar ist kein Projekt zu skurril, damit es nicht mit Steuergeld gefördert wird. Mit diesem Geld könnte man etwa die Sprachausbildung von Einwanderern verbessern, bevor man sich über sexistische Essgewohnheiten Gedanken macht“, regt FPÖ-Landesparteibmann Manfred Haimbuchner an.



1. Mai:

Arbeit für Österreicher statt Zuwanderung

Mit minutenlangen Beifallsbekundungen und „HC“-Sprechchören wurden FPÖ-Obmann HC Strache und Oberösterreichs Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner am 1. Mai im Bierzelt am Linzer Urfahrermarkt von den rund 5.000 anwesenden Besuchern begrüßt. „Arbeit für uns Österreicher statt Zuwanderung und Verdrängung“, lautet das Motto der FPÖ, stellte „Hausherr“ Manfred Haimbuchner zu Beginn seiner Rede fest.

Die FPÖ sei die einzige Partei, die sich um die Sicherheit und das Wohlbefinden der Menschen sorgen würde. „Wir treten als soziale Heimatpartei für die Bürger ein“, so Haimbuchner. Im Herbst seien bei der Landtagswahl in Oberösterreich „Hausverstand und Normalität wählbar“. „Die Roten werden ihr blaues Wunder erleben für den Casino-Sozialismus in Linz, für das Spekulieren mit dem Steuergeld der Arbeitnehmer. Aber auch für das Asylunwesen mit maßgeblicher Unterstützung der SPÖ“, sagte Haimbuchner.

Der freiheitliche Landeschef erneuerte zugleich seine Forderung, wonach es ohne Deutsch keine Wohnung und ohne Deutsch keine Sozialleistungen geben dürfe. „Integrationsunwilligkeit muss bestraft werden. Es muss Sanktionen geben“, stellte Haimbuchner klar. Es müsse das Motto „Kommt das Kind nicht

in die Schule, kommt das Geld nicht auf das Konto“ gelten. Zudem müssen aus freiheitlicher Sicht kriminelle Asylwerber unverzüglich das Land verlassen. „Ich finde es nicht normal, dass wir zig Millionen Euro jährlich für Scheinasylanten, Wirtschaftsflüchtlinge und Ausländervereine ausgeben“, so Haimbuchner.

■ Haimbuchner: „ÖVP setzt beim einfachen Volk den Sparstift an“

Nicht mit Kritik sparte der FPÖ-Landeschef aber auch an der ÖVP in Oberösterreich. Landeshauptmann Josef Pühringer (ÖVP) subventioniere das Linzer Musiktheater täglich mit 100.000 Euro. „Kultur darf schon etwas kosten, aber diese täglichen hunderttausend Euro sind nicht normal. Und auf der anderen Seite gibt es nun Pläne der ÖVP, eine Reihe von Schwimmbädern zuzusperren. Beim einfachen Volk setzt die ÖVP den Sparstift an. Offenbar

gilt das Motto: Oper hui, Schwimmbäder pfui.“

Der 1. Mai als „Tag der Arbeit“ stehe unter einem schlechten Stern, warnte FPÖ-Obmann HC Strache in seiner Rede in Linz vor dem Hintergrund von bald fast 500.000 Arbeitslosen in Österreich: „In der Geschichte der Zweiten Republik waren noch nie so viele Menschen ohne Arbeit wie jetzt unter dieser Faymann-Mitterlehner-Hundstorfer-Regierung.“

■ Minderqualifizierte Zuwanderer drängen auf den Arbeitsmarkt

Hauptverantwortlich dafür sei eine ungezügelte Einwanderung in den österreichischen Arbeitsmarkt und in das Sozialsystem: „Das führt in Österreich zu einem fortlaufenden Verdrängungswettbewerb. Österreichische Arbeitnehmer werden von Arbeitskräften aus den EU-





Oststaaten, aber auch aus Drittstaaten, beinhardt aus dem Arbeitsmarkt gedrängt." Nicht gut ausgebildete Zuwanderer würden kommen, sondern minderqualifizierte Arbeitskräfte, die die Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen überhaupt nicht wirklich beherrschen, so Strache. Außerdem würden die klein- und mittelständischen Betriebe aufgrund der hohen Belastungen auf den Faktor Arbeit sukzessive zerstört.

HC Strache nutzte den 1. Mai auch, um die Privilegien der Türkei scharf zu kritisieren,

bevor er vor der drohenden Islamisierung warnte: „Für türkische Staatsbürger sieht Österreich aufgrund des Assoziationsabkommens zwischen der EU und der Türkei ganz besondere Erleichterungen vor. Die Türken können bereits nach vier Jahren rechtmäßiger Beschäftigung oder nach fünfjähriger Anwesenheit im Inland, wenn ein Familienangehöriger regulär zum Arbeitsmarkt zugelassen ist, sofort einen Befreiungsschein beantragen, der ihnen einen uneingeschränkten Zugang zum gesamten österreichischen Arbeitsmarkt gewährleistet.“



Europa. Das bedeutet wohl für viele, viel zu viele Flüchtlinge eine Insel der Seligen, des Reichtums und Wohlstands. Natürlich auch des Friedens. Wird nicht endlich reagiert und weiterhin der Zustrom vor allem aus den ärmeren Regionen Afrikas toleriert, wohin steuert dann Europa? Flüchtlingen wie etwa die orientalischen Christen oder Jesiden, die akut vom Völkermord bedroht sind, soll Schutz gewährt werden. Aber was tun mit jenen, die von skrupellosen Schlepperbanden in gefährlichen Bootsfahrten übers Meer an die Küsten der EU gebracht werden?

Schengenland ist abgebrannt

Wir brauchen rasch eine Diskussion über Grenzen. Viele Länder, Städte und Gemeinden stehen am Rande ihrer Kapazitäten, vor allem etwa Italien. Afrikanische und arabische Migranten prägen mit Zeltlagern die städtischen Parks wie etwa in Udine. Verständlich, wenn der linke Bürgermeister nach einer lückenlosen Grenzsicherung ruft. Es gibt keinen Platz und kein Geld mehr für weitere Flüchtlinge. Diese Entwicklung wird auch nicht halt vor Österreich machen. Die ersten Zeltstädte haben wir ja bereits.

Nur wer traut sich in Europa das heiße Eisen „Grenzkontrollen“ anpacken? Wie groß war der Jubel, als in den Kernländern die Schengenzone mit offenen Übergängen und uneingeschränktem Reiseverkehr kam. War es vielleicht am Beginn umsetzbar, so haben sich bis heute die Voraussetzungen grundlegend geändert. Und diese offenen Grenzen erleichtern es den Schlepperbanden, ihre Kunden nach Europa zu schleusen. Wer aber kann garantieren, dass nicht auch islamistische Terroristen unter den unkontrollierten Migranten sind?

Zwei Grenzen werden mit hohen Zäunen gesichert. Die spanische Exklave Ceuta an der Grenze zu Marokko und auch Bulgarien haben einen 30 Kilome-



ter langen Hochsicherheitszaun errichtet, um den unkontrollierten Zustrom aus Nahost einzudämmen. Schengen hat mehr als offensichtlich nicht mehr viel mit Rechtsstaatlichkeit zu tun.

Wagen wir einen Blick an die Küste Libyens. Hunderttausende Gestrandete warten und hoffen auf eine womöglich tödliche Überfahrt. Sicherlich mit ein Grund dafür: Seit Jahren wird die ungeordnete Migration über Lampedusa und Sizilien geduldet. Kriminelle organisieren und kassieren dafür.

wird über die Sicherung der Grenzen wieder massiv diskutiert – vor dem Hintergrund Hunderttausender von Flüchtlingen. Wird nicht rasch der Retourgang eingelegt, wird Europa zu einem vollen Flüchtlingslager. Ganz zu schweigen davon, dass innerhalb der EU eine gerechte Verteilung der anerkannten Flüchtlinge noch weit entfernt ist. Ohne Kontrolle kommt das Chaos. Wenn wir nicht schon mitten drinnen sind.

Faktum ist: Unkontrollierte, illegale Zuwanderung ist kein Menschenrecht. Wollen wir wirklich einen unerklärten Bürgerkrieg? Wollen wir Zustände wie in Athen, wo sich unter den Augen der Polizei schon längst afrikanische Drogenhändler, arabische Obdachlose mit faschistischen Banden Straßenkämpfe liefern? Europa ohne Grenzen führt den Kontinent ins Chaos. Schengenland ist dann wohl endgültig abgebrannt.

Europa sollte sich eingestehen, dass das Schengenland gescheitert ist. Dänemark nutzt immer öfter die Ausnahmeregelung, Grenzübergänge wieder zu kontrollieren. Menschen ohne Papiere werden abgewiesen. Auch in Großbritannien





DAMIT WIR UNS RICHTIG VERSTEHEN:

Der Mensch zählt mehr als der Profit

Manfred Haimbuchner

Gerhard Knoll

VOEST-Betriebsratswahl:

FA mit 11,71 % bestätigt

Bei den Betriebsratswahlen in der VOEST wurde die Arbeit der freiheitlichen Betriebsräte mit 11,71 Prozent von den Mitarbeitern belohnt. FP-Landesparteiboss Manfred Haimbuchner freut sich, dass die Liste mit Spitzenkandidat Gerhard Knoll weiterhin mit drei Mandaten im Arbeiterbetriebsrat tätig ist.

Der Landesobmann der Freiheitlichen Arbeitnehmer Gerhard Knoll ergänzt: „In Anbetracht der schwierigen Ausgangssituation bei in Summe vier Listen und einer traditionell starken FSG bin ich mit dem Ergebnis zufrieden.“ Knoll hatte bei den Wahlen 2008 die Al-

leinherrschaft der FSG brechen und sein Mandat 2011 schließlich verdreifachen können. „Das Ergebnis zeigt“, betonen Haimbuchner und Knoll, „dass die Freiheitlichen mittlerweile ein fixer Bestandteil in der Belegschaftsvertretung der VOEST sind.“



Seit 15. Mai ist es (standes)amtlich. FPÖ-Landesparteiboss Manfred Haimbuchner und seine Annette haben sich getraut. Die FPÖ Oberösterreich wünscht für den gemeinsamen Lebensweg alles Gute!

Bankkonten für Bettlermafia

Die Asylpolitik in Österreich wird immer skurriler: SPÖ-Sozialminister Rudolf Hundstorfer forderte jüngst sogar Basis-Bankkonten für Asylwerber und unterstandslose Bettler. Damit werden vor allem die Einwanderer in das österreichische Sozialsystem mit einem günstigen Bankkonto unterstützt, wie etwa Wirtschaftsflüchtlinge, die unter dem Deckmantel des Asylrechts gekommen sind oder Angehörige der sich ausbreitenden Bettlermafia.

Vielleicht ist es aber auch das Ziel von Minister Hundstorfer, die wirtschaftliche Grundlage der Bettlermafia zu verbessern? Spaß beiseite: Eine solche Initiative unterstützt vor allem den Transfer von Sozialleistungen und mit einem Bankkonto besteht sogar die Gefahr, dass diese Leistungen vielleicht sogar an die Angehörigen daheim überwiesen werden können und damit unser Steuergeld noch schneller aus Österreich abfließen kann. Deutlicher kann man wohl niemanden mehr zum Sozialbetrug auffordern!



Aber es ist ja nicht das erste Mal, dass Hundstorfer sich in seiner Multikulti-Wunderwelt verirrt: Im vergangenen Jahr forderte er – zusammen mit seinen Regierungskollegen – gar den vereinfachten Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylwerber. Damit erhöht der rote Genosse aber noch dazu den Anreiz für Wirtschaftsflüchtlinge, nach Österreich zu kommen und belastet gleichzeitig den heimischen Arbeitsmarkt. Von einem echten Sozialminister jedenfalls erwartet man sich andere Maßnahmen ...

Hypo-Debakel:

Auch Ober- österreich betroffen



Das Debakel der Kärntner Hypo Alpe-Adria hat auch Auswirkungen auf Oberösterreichs Hypo. Eine Haftung über die gemeinsame Pfandbriefstelle aller Hypo-Banken kostet die Hypo Oberösterreich bis Juni zumindest 83 Millionen Euro. Doch auch Fremdwährungsanleihen wie etwa die berüchtigten „Frankenanleihen“, könnten zu den Verlusten beigetragen haben, wie der freiheitliche Finanzsprecher Elmar Podgorschek vermutet.

Allein in den Jahren 2006 und 2007 ging die Hypo Oberösterreich Verbindlichkeiten von jeweils 250 Millionen Schweizer Franken ein. Diese Verbindlichkeiten werden in den nächsten zwei Jahren fällig. Doch gibt es auch ältere Frankenanleihen bei der Hypo Oberösterreich, denn bereits seit 2003 läuft eine Finanzierung über 50 Millionen Franken, die 2018 fällig wird. Insgesamt handelt es sich also um 550 Millionen Franken, die zum Ausgabekurs einen Gegenwert von 343 Millionen Euro darstellten.

Mittlerweile machen die Franken-Anleihen der Bank einen Gegenwert von 534 Millionen Euro aus. „Der durch den Anstieg des Franken verursachte Buchver-

lust beträgt damit derzeit rund 191 Millionen Euro“, so Podgorschek.

■ Risiko für Hypo-Kunden liegt bei 50 Millionen Euro

Auch wenn sich die Hypo Oberösterreich gegen den Vorwurf wehrt, ihren Kunden Verluste durch Fremdwährungskredite zuzumuten, bleibt die Befürchtung bestehen, dass der Verlust größer sein könnte, als bisher angenommen. Selbst Christoph Zoitl, Treasury-Leiter der Hypo Oberösterreich, räumt ein, dass das Risiko für Hypo-Kunden bei immerhin 50 Millionen Euro liegen könnte. Ein Betrag, den auch

die Hypo Oberösterreich nicht aus der Portokassa zahlen dürfte.

„Der größte Finanzskandal der Zweiten Republik weitet sich weiter aus und macht auch vor Oberösterreich nicht halt. Das hätte man sich sparen können, wenn man die Hypo nicht notverstaatlicht hätte, sondern wenn es eine geordnete Insolvenz gegeben hätte“, meint dazu FPÖ-Landesparteiobermann Manfred Haimbuchner.



Hürde für Volksbefragungen soll sinken

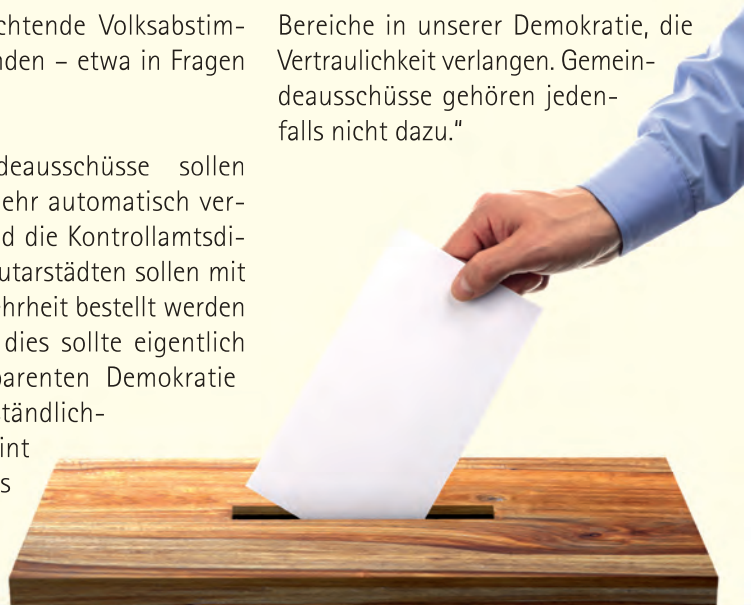
Volksbefragungen in Oberösterreich sollen zukünftig vereinfacht werden. Ab 1. Oktober des heurigen Jahres soll die Hürde für die Einleitung einer Befragung auf Landesebene von derzeit acht auf vier Prozent der Wahlberechtigten gesenkt werden, in den Gemeinden wird es eine nach Größe gestaffelte Regelung geben.

Das ist ein erster Schritt zur Stärkung der direkten Demokratie in Oberösterreich. Wir wünschen uns aber noch weitergehende direktdemokratische Elemente – nicht nur in der Landespolitik, kommentiert FPÖ-Klubobmann Günther Steinkellner die geplante Vereinfachung. Die FPÖ setzt sich seit Jahren auf Bundes- und Landesebene für die Stärkung der direkten Demokratie nach Schweizer Vorbild ein. Eine Volksbefragung ist dabei nur der Anfang, denn wenn es nach den Freiheitlichen geht, sollen für bestimmte Politikfelder für die Bundesre-

gierung verpflichtende Volksabstimmungen stattfinden – etwa in Fragen der EU-Politik.

Auch Gemeindeausschüsse sollen künftig nicht mehr automatisch vertraulich sein und die Kontrollamtsdirektoren in Statutarstädten sollen mit Zwei-Drittel-Mehrheit bestellt werden müssen. „Auch dies sollte eigentlich in einer transparenten Demokratie eine Selbstverständlichkeit sein“, meint Steinkellner. „Es gibt nur wenige

Bereiche in unserer Demokratie, die Vertraulichkeit verlangen. Gemeindeausschüsse gehören jedenfalls nicht dazu.“





Knoll neuer Landesobmann



Anfang März gab es bei den Freiheitlichen Arbeitnehmern in Oberösterreich einen Wechsel an der Spitze. AK-Rat und Zentral- und Arbeiterbetriebsrat Gerhard Knoll wurde zum neuen Landesobmann gewählt.

Zu seinen Stellvertretern wurden die AK-Räte Gottfried Krenn aus dem Bezirk Rohrbach, Martina Krendl aus Linz und Rudolf Kroiß aus dem Bezirk Vöcklabruck gewählt. „Für uns ist eine starke freiheitliche Handschrift in der Arbeitnehmervertretung wichtig, um das bestehende Proporzsystem endlich aufzubrechen und damit für mehr Demokratie zu sorgen“, betont Knoll in seiner Rede. Nur so sei es möglich, den Arbeitnehmern mehr Mitsprache zu ermöglichen und ihre Interessen durchzusetzen.



Manfred Haimbuchner mit der FA-Oberösterreich und Bundesobmann Rösch

Wels: „Eindeutig migrantische“ Zukunft?

In Wels wird derzeit das neue örtliche Entwicklungskonzept für den Zeitraum 2015 bis 2025 erarbeitet. Darin heißt es unter anderem wörtlich, dass „die Zukunft von Wels eindeutig migrantisch“ sein werde. Viele Menschen würden ins Umland übersiedeln, ein Bevölkerungszuwachs sei nur aus der „internationalen Zuwanderung“ zu erwarten.



Vzbgm. Mag. Dr. Andreas Rabl

Außerdem werden die Errichtung eines islamischen Friedhofs sowie die Sonderwidmung von Grundstücken für die Errichtung von Moscheen angedacht. Ausgearbeitet wurde das Konzept von den Stadtplanern unter der Führung von Vizebürgermeister Peter Lehner (ÖVP), der für die Raumordnung zuständig ist.

Beim freiheitlichen Vizebürgermeister Andreas Rabl schrillen angesichts solcher Formulierungen und Vorhaben die Alarmglocken. „Die FPÖ kann sich nicht damit abfinden, die Zukunft von Wels als eindeutig migrantisch zu bezeichnen. Einem Zuzug von Inländern aus dem Umland ist der Vorrang zu geben gegenüber einer internationalen Zuwanderung“,

stellt Rabl fest. Dies könne durch eine Beschränkung des Ausländergrundverkehrs und durch eine selektive Wohnungszuweisung erreicht werden. Außerdem for-

dere die FPÖ leistbares Bauland für Welser Jungfamilien. Dem Entwicklungskonzept werde man in dieser Form jedenfalls keine Zustimmung erteilen, so Rabl.



StR Detlef Wimmer, FFV-Obfrau NAbg. Anneliese Kitzmüller, Birgit Kelle und iFF-Obfrau Rosa Ecker

Auf Einladung der „initiative Freiheitliche Frauen“ und des „Freiheitlichen Familienverbandes OÖ“ hielt Birgit Heike Kelle einen Vortrag zum Thema „Ist die traditionelle Familie überholt?“. Kelle engagiert sich nach eigener Aussage

„für einen neuen Feminismus abseits von Gender-Mainstreaming und Quoten“. Sie tritt dafür ein, dass Frauen sich auch für ein traditionelles Familienleben entscheiden dürfen, ohne deswegen benachteiligt zu werden.

Jeder dritte Tatverdächtige ist Ausländer



Alarmierende Zahlen zur Fremdenkriminalität gehen aus einer aktuellen parlamentarischen Anfrage der Freiheitlichen an Innenministerin Johanna Mikl-Leitner (ÖVP) hervor: Von den insgesamt 255.815 ermittelten Tatverdächtigen nach einer begangenen Straftat im Jahr 2014 waren exakt 89.594 Ausländer – also rund 35 Prozent. Tatverdächtige mit österreichischer Staatsbürgerschaft und einem Migrationshintergrund wurden in den Zahlen nicht gesondert erfasst.

Die meisten ermittelten ausländischen Tatverdächtigen waren Rumänen (10.269), gefolgt von Deutschen (9.250) und Serben (9.065). Den vierten Platz belegten Staatsangehörige aus der Türkei (7.217). Unter den Asylwerbern, die 2014 mit 10.416 Menschen die viertgrößte Gruppe an ausländischen Tatverdächtigen stellten, führten Afghanen (1.688), Angehörige der Russischen Föderation (1.470)

und Algerier (1.382) die Spitze der Statistik an.

„Das ist eine besorgniserregende Entwicklung“, zeigt sich der oberösterreichische FPÖ-Klubobmann Günther Steinkellner angesichts der veröffentlichten Zahlen schockiert. „Sie lassen die offizielle Kriminalitätsentwicklung in einem völlig anderen Licht erscheinen, denn das Innen-

ministerium verschweigt zumeist – aus gutem Grund – die Herkunft der Täter und ihren Aufenthaltsstatus“, so Steinkellner. Die Freiheitlichen erneuern jetzt ihre Forderung nach einem umfangreichen Maßnahmenpaket gegen die Kriminalität: „Das geht von einer Wiedereinführung der Grenzkontrollen, einer personellen Verstärkung der Exekutive bis hin zur Ausweisung von straffällig gewordenen Ausländern“.

NEUIGKEITEN AUS ERSTER HAND!

Melden Sie sich GRATIS an unter
info@manfredhaimbuchner.at

manfredhaimbuchner.at

Islamgesetz verhindert Radikalisierung nicht
Mit dem neuen Islamgesetz wollen SPÖ und ÖVP die Radikalisierung der Muslime unterbinden und einen Islam „österreichischer Prägung“ schaffen. Für die Freiheitlichen ist das Gesetz hingegen halbherzig, lückenhaft und zementiert Sonderrechte ein, die dem radikalen Islam in die Hände spielen und die Integration von Muslimen in die Gesellschaft verhindern.

WEITERLESEN >>>

Herbergssuche für Asylwerber
Die Suche nach Quartieren für Asylwerber läuft schleppend.

Zahl der Arbeitslosen steigt
Viel Geld nimmt man auch in Oberösterreich in die Hand, um Arbeitsplätze zu schaffen.

Asylzentrum in Wels so gut wie tot
So gut wie stiller ist, dass ab s. Jänner bei Asylwerbern in der alten Pannschloß-Wohnung.



Bezirksparteiobmann BR Hermann Brückl und Ehren-gast Dr. Andreas Rabl mit den Gastgeberinnen der iFF

iFF Bezirks-Osterstammtisch

Beim diesjährigen Osterstammtisch der Freiheitlichen Frauen konnte Bezirksobfrau Marianne Hacker sowie die Ortsobfrauen von Brunntenthal und St. Florian, Waltraud Probst und Sabine Wintersteiger, wieder mehr als 110 Frauen beim Kreuzbergwirt in Schärding begrüßen.

Zahlreiche Ehrengäste u. a. Mag. Dr. Andreas Rabl, auch Vizebürgermeister von Wels, berichtete sehr kompetent und interessant über die Wohnungsvergabe-richtlinien und das Zusammenleben in seiner Stadt. Als Gastgeschenk durfte jede

Frau einen „exquisiten Frühlingsgruß“ mit nach Hause nehmen. Bei der schon traditionellen Tombola wurden wieder viele wunderschöne, selbstgefertigte Geschenke an die zahlreich anwesenden Frauen übergeben.

Weiterhin Rekordarbeitslosigkeit in Österreich

Nach wie vor im Steigen begriffen sind die Zahlen der Arbeitslosen in Österreich. Schulungsteilnehmer nicht herausgerechnet, waren Ende April 419.875 Personen ohne Arbeit, um 7,6 Prozent mehr als vor einem Jahr. Österreich, einst Jobmarkt-Musterschüler in der EU, fällt nun sogar hinter Deutschland und Großbritannien auf den dritten Platz zurück.

Überdurchschnittlich stark vom Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen waren im heurigen April erneut Ausländer (97.940 Menschen). „Vor diesem neuerlichen Plus von 24,9 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat ist die berechtigte Frage zu stellen, wie lange sich das heimische Sozialsystem diese massive Belastung noch leisten kann“, so FPÖ-Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner. Es solle die Möglichkeit geschaffen werden, dass EU-Bürger und Drittstaatsangehörige nach längerer Dauer der Arbeitslosigkeit ausreisen müssen, fordert Haimbuchner. In Oberösterreich waren mit Ende April 37.979 Menschen ohne Arbeit. Im Vergleich zum April des Vorjahres ein weiterer Anstieg um 4.144 Personen oder 12,2 Prozent.



Haimbuchner spricht sich dafür aus, „endlich die Abgabenquote zu senken und die längst überfällige Entbürokratisierung umzusetzen.“ Der FPÖ-Politiker mahnt auch ein Umdenken in der Klima- und Energiepolitik ein: „Offenbar wird der Wirtschafts- und Industriestandort Oberösterreich von stark steigenden Energiekosten und wirt-

schaftsfeindlichen Klimazielen massiv belastet.“ Aus freiheitlicher Sicht sei es überfällig, die Wirtschaft und somit die Arbeitgeber zu entlasten. Weiterhin aufrecht bleibe auch die Forderung der FPÖ, die Lohnnebenkosten zu senken. „Nur so können bestehende Arbeitsplätze gesichert und neue geschaffen werden“, stellt Haimbuchner fest.

FPÖ fordert Deutsch als Schulsprache

Die Freiheitlichen in Oberösterreich unternehmen einen neuerlichen Anlauf, Deutsch als Schulsprache zu verankern. In vielen Schulen sind Konflikte an der Tagesordnung, weil Sprachen gesprochen werden, die für die Lehrer und Mitschüler unverständlich sind. Vor allem in Schulen mit einem hohen Anteil an ausländischen Kindern gebe es Kontroversen aufgrund der Nichtbeherrschung der deutschen Sprache, so die Argumentation der Freiheitlichen.

Es gibt Schüler, die sich nicht integrieren wollen und die deutsche Sprache beharrlich verweigern. Das hört man auch, wenn man durch unsere Straßen geht. In manchen Stadtteilen hat man schon das Gefühl, dass man als Österreicher derjenige ist, der sich integrieren muss.

den Pausen Deutsch sprechen sollen. „Damit bestätigt Enzenhofer eine alte freiheitliche Forderung“, hält Steinkellner fest. Einzelne Schulen in Oberösterreich haben bereits Regelungen betreffend die „Schulsprache Deutsch“ in ihre Hausordnungen aufgenommen, so etwa das Bundesrealgymnasium Landwiedstraße in Linz oder die Berufsschule 3 in Wels.

So kann es nicht mehr weitergehen“, stellt FPÖ-Klubobmann Günther Steinkellner fest. Er spricht damit die jüngsten Aussagen des oberösterreichischen Landesschulrats-Präsidenten Fritz Enzenhofer an. Dieser forderte, dass die Schüler auch in



Eindrucksvoller Wahlerfolg

„Ein Plus von annähernd vier Prozent für den Ring freiheitlicher Wirtschaftstreiber (RfW) ist ein eindrucksvolles Zeichen für den Wunsch für Veränderungen seitens der Wirtschaftstreiber. Ich gratuliere Wolfgang Klinger ganz herzlich, der mit diesem Ergebnis klar den zweiten Platz ausbauen konnte. Dies ist das Ergebnis einer konsequenten freiheitlichen Wirtschaftspolitik“, so FPÖ-Landesparteiobmann LR Dr. Manfred Haimbuchner. „Die ÖVP bekommt für ihre verfehlte Wirtschaftspolitik die Rechnung präsentiert“, kommentiert Haimbuchner den Verlust von fast 10 Prozent des ÖVP-Wirtschaftsbundes.



FPÖ unterstützt Wirte bei Protest gegen Rauchverbot

Die FPÖ wird jeden Widerstand gegen das geplante generelle Rauchverbot in der Gastronomie tatkräftig unterstützen. „Die Bevormundung beim Rauchen kann

nicht widerspruchlos hingenommen werden“, betont FPÖ-Tourismussprecher NAbg. Mag. Roman Haider. Das generelle Rauchverbot in allen Lokalen führe nicht

dazu, dass weniger geraucht werde, sondern schade der Wirtschaft und nehme den Wirten die Möglichkeit, erfolgreich zu sein.



Petition **NEIN** zum **ABSOLUTEN RAUCHVERBOT!**

Name	Anschrift	Geburtstag	Datum	Unterschrift

Bitte einsenden an: **FPÖ Oberösterreich**
Landesgeschäftsstelle, Blütenstraße 21/1, 4040 Linz
Sie können auch online unterschreiben: www.nein-zum-absoluten-rauchverbot.at